

26. Jahrgang, Ausgabe 3 Weihnachten 2020

Evangelischer Arbeitskreis der CDU Sachsen-Anhalt (Hrsg.)
c/o CDU-Landesverband Sachsen-Anhalt
Fürstenwallstraße 17 Tel.: 0391 566680
39104 Magdeburg E-Mail: LV@eak-sachsenanhalt.de
Homepage: www.eak-sachsenanhalt.de

Gott wird Mensch – Grund zur Hoffnung auch in schwieriger Zeit

Dicht gedrängt sitzen die Menschen in der liebevoll hergerichteten Kirche, die Augen der Kinder folgen gebannt dem Krippenspiel auf dem Altarplatz, und irgendwann singen alle wie in jedem Jahr dann: „Stille Nacht, heilige Nacht“, bevor man sich nach der Christvesper die Hände schüttelt und gesegnete Weih-

Gerade in Zeiten wie diesen ist es wichtig, Veränderungen in unserem Leben nicht einfach nur hinzunehmen, oder die Wirklichkeit trotzig zu leugnen, gerade heute ist es wichtig, sich dessen zu vergewissern, was unser Leben trägt auch in schwieriger Zeit, was uns Perspektive und Hoffnung gibt, Kraft auch für länge-

Aus dieser Ausgabe:

Gott wird Mensch 1-2

Gesellschaftliche Herausforderungen für die Innere Sicherheit 3-4

Den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken 5

Gespräch der Evangelischen Arbeitskreise mit Landesbischof Kramer 6-7

Ökumene in Sachsen-Anhalt 8-9

Kulturland Sachsen-Anhalt 10

Veranstaltungshinweise 11

Jugendliteraturtipp 12



Magdeburger Lichterwelt 2019/20

Foto Viktoria Kühne

nachten wünscht. So wird es das in diesem Jahr wohl nicht geben. Weihnachten unter Corona-Bedingungen, das ist Herausforderung für alle Beteiligten. Und siehe – die Beteiligten nehmen die Herausforderung an. Allen Unkenrufen zum Trotz haben Gemeinden und Kirchenkreise, aber auch die Landeskirche mit ihren Werken und Einrichtungen Angebote entwickelt, wie Verkündigung möglich bleibt, Gemeinschaft verantwortlich gestaltet werden kann, Kranke und Einsame besucht, Menschen in Not weitergeholfen werden kann. Und das ist auch wichtig, gerade in Zeiten wie diesen!

re Phasen der Entbehrung. Die Geschichten um Weihnachten zeichnen seit jeher das Bild, dass Gott Mensch wurde in die Dunkelheiten unseres Lebens hinein. Schon das Datum ist eine Botschaft. Wann Jesus tatsächlich geboren wurde, lässt sich nicht nachvollziehen. Erstmals belegt ist das Datum in der westlichen Welt seit 354. Als Wintersonnenwende gefeiert, markiert es die längste Nacht im Jahreskreis. In die tiefste Dunkelheit hinein wird Gott Mensch. Teilt, was uns Not und Elend bereitet, von Anbeginn an. Aber, und das ist die Botschaft, er tut dies, um den Horizont unseres Lebens zu öffnen. Um uns frei zu machen von

Gott wird Mensch – Grund zur Hoffnung auch in schwieriger Zeit

der Macht, die Widriges über uns hat. Frei für ein Leben als Antwort auf seine Liebe. Von Freiheit und freiheitsbeschränkenden Maßnahmen hören und lesen wir mittlerweile so viel, dass es für manche das Maß des Erträglichen sprengt. Und dennoch muss das immer wieder neu durchdekliniert werden, dass und auch wie die Freiheit mit der Verantwortung korrespondiert. Spannend ist diese Frage nach dem Verhältnis von

Ben anders. Es stellt vermeintliche Selbstverständlichkeiten in Frage. Die Art und Weise, miteinander Gottesdienst zu feiern. Die Möglichkeit, einander zu begegnen, sich zu besuchen und miteinander zu feiern. Weihnachten in diesem Jahr legt uns die Frage vor, worauf es ankommt für unser Leben. Wodurch sich unser Leben bestimmt. Was es trägt. Eine ausgeprägtere Ernsthaftigkeit begleitet das



Albrecht Steinhäuser

Foto Viktoria Kühne

Freiheit und Verantwortung für Gottsucher schon immer gewesen. Oder biblisch gesprochen nach Rechtfertigung und Heiligung.

Für Luther war es die bedrängende Frage: Wie bekomme ich einen gnädigen Gott? Und die alles verändernde Erkenntnis war dann für ihn, dass es eines Strebens nach der göttlichen Gnade gar nicht bedarf, weil Gott immer schon gnädig ist. Die Suche nach dem richtigen Leben ist deswegen eben nicht die Voraussetzung für seine Gnade, sondern deren Folge. Sie ist nicht die Frage, sondern die Antwort!

Wenn wir also nachdenken in dieser Zeit über das Verhältnis von Freiheit und freiheitsbeschränkenden Maßnahmen, über das Verhältnis von Freiheit und Verantwortung, dann mag es unter dem Aspekt des Infektionsgeschehens zwar stimmen, dass Verantwortung die Voraussetzung ist für Freiheit in unserem Alltag, und die Abwesenheit von Verantwortung Anlass für freiheitsbeschränkende Maßnahmen. Auf's Ganze gesehen ist Freiheit aber gerade nicht das Gegenüber von Verantwortung. Ist Freiheit nicht einfach nur Beliebigkeit. Auf's Ganze gesehen ist Freiheit die Ermöglichung von Verantwortung. Für das eigene Leben, im Miteinander, vor Gott.

Weihnachten in diesem Jahr, das ist erzwungenerma-

Fest in diesem Jahr. Nachdenklichkeit. Auf den ersten Blick ist das eine Belastung. Ganz gewiss. Bei näherem Hinsehen ist das aber auch eine Chance.

Eine Chance, für unser Leben wichtige Fragen neu zu bedenken.

Eine Chance für Ideen bei der Gestaltung von Gottesdienst und Feier.

Und – es ist die Chance, dass wir als glaubende Menschen der geltenden Kontaktbeschränkungen wegen wieder stärker den öffentlichen Raum als Ort der Weihnachtsbotschaft entdecken. Nicht nur in unseren Kirchen, sondern auch auf den Straßen und Plätzen.

Es liegt mir fern, die Belastungen der Pandemie in irgendeiner Weise kleinzureden. Weihnachten unter Corona, das ist Herausforderung für alle Beteiligten. Aber siehe – die Beteiligten nehmen diese Herausforderung an.

Gott wird Mensch, davon geben wir Zeugnis.

Gott wird Mensch, Grund zur Hoffnung für alle!

Oberkirchenrat Albrecht Steinhäuser
Beauftragter der Evangelischen Kirchen bei Landtag
und Landesregierung Sachsen-Anhalt

Gesellschaftliche Herausforderungen für die Innere Sicherheit



Holger Stahlknecht

Foto: tokography/Tobias Koch

Wir alle kennen den klassischen Spannungsbogen, wenn es um die Innere Sicherheit geht: Freiheit braucht Sicherheit, aber Sicherheit ist ohne Freiheit wertlos. In diesem Spannungsverhältnis ist Innere Sicherheit zu gewährleisten. Die Innere Sicherheit ist das höchste Gut und der grundlegende Anspruch der Bürgerinnen und Bürger gegenüber dem Staat. **Die Sicherheit der Bevölkerung zu gewährleisten, ist die ureigenste Aufgabe des Staates.** Wir in Sachsen-Anhalt reagieren auf die sich stetig ändernde Sicherheitslage mit einer Sicherheitsoffensive. Sachsen-Anhalt ist ein sicheres Bundesland und soll es auch bleiben. Denn ohne Sicherheit ist Freiheit unmöglich und undenkbar. Deswegen haben wir für die kommenden Jahre die Sach- und Personalausstattung der Polizei konsequent verbessert, die Prävention intensiviert und die Sicherheitspartnerschaft mit den Kommunen vorangetrieben. Wir schaffen mit einem noch vor Jahren nahezu unvorstellbaren Einstellungskorridor eine Sollstärke von 6.400 Polizeivollzugsbeamten und optimieren konsequent die Ausstattung der Polizei.

Unsere Sicherheitsoffensive folgt einem Dreiklang aus guter Ausstattung unserer Polizistinnen und Polizisten, einem partnerschaftlichen Miteinander mit den Kommunen auch in Fragen der Inneren Sicherheit und einer verstärkten Prävention. Der Dreiklang wiederum folgt unserem Anspruch, uns voller Leidenschaft zugleich mit Augenmaß und aus einem tiefen

Verantwortungsbewusstsein heraus für ein sicheres Sachsen-Anhalt einzusetzen, in dem die Bürgerinnen und Bürger sich – zu Recht – sicher fühlen können.

Gleichwohl wird die Innere Sicherheit auch von den gesellschaftlichen Veränderungen herausgefordert. Die Corona-Krise ist nahezu allbeherrschend und verändert uns und unsere Gesellschaft. Sie wirkt auf jeden Bereich unseres Lebens ein: Wir alle nehmen wahr, dass durch die Corona-Pandemie die Widerstandsfähigkeit und die Handlungsfähigkeit unserer Demokratie und der Inneren Sicherheit herausgefordert werden.

Wer sich über die Corona-Maßnahmen ärgert oder ihre Notwendigkeit anzweifelt, kann und darf dagegen demonstrieren. Die Versammlungsfreiheit ist und bleibt eine Säule unserer Verfassung und der Demokratie.

Mein Verständnis endet aber dort, wo Demonstranten sich vor den Karren von Demokratiefeinden und politischen Hetzern spannen lassen. Wer auf den Straßen den Schulterschluss mit Rechtsextremisten sucht, aber auch, wer nur gleichgültig neben Neonazis, Fremdenfeinden und Antisemiten herläuft, wer sich nicht eindeutig und aktiv abgrenzt, macht sich mit ihnen gemein. Egal, ob in Berlin, Halle oder irgendwo anders.

Die Verteidigung der freiheitlichen Demokratie obliegt nicht allein der Landesregierung oder der Polizei. Sie ist Aufgabe und Pflicht der gesamten

Gesellschaftliche Herausforderungen für die Innere Sicherheit

Gesellschaft – und eines jeden Einzelnen. Aktiv, entschieden und mutig müssen wir gemeinsam den Feinden unserer Demokratie die Stirn bieten.

Polarisiert die Corona-Pandemie unsere Gesellschaft? Diese Frage kann ich heute noch nicht abschließend beantworten. Aber ich bin davon überzeugt, dass es wohl noch nie zuvor in unserer Geschichte so wenig Grund für Polarisierungen, für gesellschaftliche Brüche wie heute gab. Ob wir uns die Arbeitslosenquote im Zeitverlauf anschauen, die Lohnentwicklung, die Lebenserwartung und und und. Wir können feststellen: Frühere, mithin klassische gesellschaftliche Polarisierungen und Spaltungen wie z.B. in (nahezu) Besitzlose und Wohlhabende, in Arbeitnehmer und Arbeitgeber, in berufstätige Männer und von ihnen abhängige Frauen usw. prägen unsere Gesellschaft heute viel, viel weniger als noch vor einigen Jahren und Jahrzehnten. **Polarisierungen sind aber nicht verschwunden, sie haben sich vielmehr entmaterialisiert.** Dies stellt auch die Innere Sicherheit immer wieder vor neue Herausforderungen, dies oftmals auch infolge gesellschaftlicher Veränderungen.

Heute polarisiert scheinbar weniger das bloße „Haben“ oder „Sein“, heute kann ich schon mit dem Gebrauch oder eben dem bewussten Nicht-Gebrauch einfacher Worte wie „Studierende“ statt „Studenten“, mit meiner Haltung zum Klimawandel oder mit meiner Haltung zur Corona-Pandemie, zur Homo-Ehe, zur Allgemeingültigkeit des christlichen Gebots der Nächstenliebe usw. für Aufregung sorgen, polarisieren, ja, manchmal habe ich auch den Eindruck, regelrecht Hass hervorrufen.

Das fällt natürlich besonders im Internet auf Seiten wie Facebook, Twitter und Instagram auf, die, aus welchen Gründen auch immer, nach wie vor als „soziale“ Medien bezeichnet werden, dabei doch aber nur allzu oft die schlechtesten Seiten von Menschen zum Vorschein bringen.

Das, was uns trennt und spaltet, wird heutzutage auch mit einer noch vor Jahren ungeahnten Leidenschaft kommuniziert.

Das findet leider auch offline statt, beispielsweise in unserem Landesparlament, wo eine Fraktion sich ja besonders durch Tabubrüche hervortut.

Und damit bin ich auch bei meinem zweiten Punkt angelangt: **Die Bedeutung der Inneren Sicherheit für uns Christdemokraten in der Auseinandersetzung mit der AfD.**

Die AfD nutzt das Feld der Inneren Sicherheit ganz offensichtlich, um sich zu profilieren und zu etablieren. Denn ja, es gibt neue Polarisierungen in unserer Gesellschaft. Es gibt zum Teil berechtigte Sorgen, Ängste und Nöte in Teilen der Bevölkerung. Es ist, glaube ich, traurige Gewissheit, dass wir alle vermutlich AfD-Wähler kennen, die im doppelten Sinne nichts gemein haben mit den Entgleisungen, die wir sonst gemeinhin mit dieser Partei verbinden. Das sind zum einen die klassischen Protest- oder sagen wir lieber Denkwähler, die ihrerseits keine Hoffnungen mehr in die politische Lösungskompetenz von CDU/CSU, SPD, Grüne und FDP setzen, die zugleich

„Mahnmal der Schande“-, „Vogelschiss“- und andere Äußerungen nicht nur nicht gut finden, sondern sie auch ablehnen. Politik und Wahlentscheidungen sind eben nie gänzlich rational.

Wichtig ist mir, Folgendes hervorzuheben: Wähler-Bashing nützt niemandem etwas, Protest- und Denkwähler kriegt man am ehesten wieder von sich überzeugt, wenn Probleme gelöst werden!

Der Einzug der AfD in den Landtag mag die Flüchtlingskrise 2015 zum Anlass haben. Die Gründe für teilweise dauerhaft zweistellige Wahlergebnisse bzw. Umfragewerte liegen aber tiefer. Es sind eben nicht nur rechte Spinner oder Chaoten, die AfD wählen oder die für die AfD im Parlament sitzen. Viele könnten auch in der CDU sein – oder waren es sogar einmal. Unser „Problem“ als letzte verbliebene Volkspartei ist, dass wir keine platten Parolen im Angebot haben. Die AfD-Wähler fühlen sich abgehängt, bedroht – und nicht nur unsicher wegen einer vermeintlichen Überfremdung.

Und hier muss christdemokratische (Innen-) Politik ansetzen. Es reicht nicht aus, Politik nur besser zu erklären. Wir müssen vielmehr häufiger die Folgen unserer politischen Entscheidungen unmittelbar vor Ort bedenken. Das geht natürlich weit über das Feld der Inneren Sicherheit hinaus.

Und beim Erklären des Bedachten und für das Gemeinwohl Gewollten müssen wir uns der Macht der Worte bewusst sein. Beleidigungen, Verletzungen, Hass und Unfrieden Stiftendes hat aus dem Vokabular zu verschwinden. Wir müssen Vorbild des Anstandes sein, denn aus Gedanken werden Worte, aus Worte Taten. Damit wäre ich wieder bei der Inneren Sicherheit.

Holger Stahlknecht MdL
ehemaliger Landesvorsitzender der CDU
Sachsen-Anhalt
Minister für Inneres und Sport des Landes Sachsen-Anhalt a.D.

Aus dem Grundlagenpapier der CDU Sachsen-Anhalt vom 7.12.2019

Leitsätze, die uns erkennbar machen (Auszug):

- Unser Handeln beruht auf dem christlichen Verständnis vom Menschen und seiner Verantwortung vor Gott.
- Wir stärken die Sicherheit, denn Freiheit kann es nur in Sicherheit geben.
- Für uns sind Vaterland, Patriotismus, Heimatliebe und Leitkultur Grundsätze unserer Politik, unseres Handelns und unseres Selbstverständnisses.
- Radikalismus, Terrorismus, Antisemitismus und das sogenannte Reichsbürgertum dürfen in unserem Land keinen Platz haben und müssen hart bestraft werden.

Den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken

Gesellschaft beginnt bei jedem Einzelnen von uns. Wir sind es, die aufgrund unserer Werte und Normen sinnbezogen handeln. Dadurch bestimmen wir unsere politischen, wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse ebenso wie die Rahmenbedingungen wesentlich mit. Wirklich schön ist es, dass wir selber unsere unmittelbare Umgebung zumindest teilweise zu ändern vermögen.

Christliche Werte können dabei eine wunderbare Richtschnur sein, im Sinne eines "Liebe Deinen Nächsten, wie Dich selbst." Hier beginnt der gesellschaftliche Zusammenhalt in und durch uns. Das Besondere ist die Verbundenheit zum anderen, zum Gegenüber, zum Mitmenschen, die hier zu spüren ist. Hier entspringen die Identifikation, das Vertrauen in Institutionen und das Gerechtigkeitsempfinden des Einzelnen, der Gruppe, der Gesellschaft.

Diese Nächsten- und Selbstliebe kann soziale Beziehungen prägen, indem sie soziale Beziehungen ausbildet, Vertrauen in die Mitmenschen begründet und Diversität akzeptieren lässt. Aus ihr kann jene Gemeinwohlorientierung entspringen, die Solidarität und Hilfsbereitschaft ebenso hervorbringt wie die Anerkennung sozialer Regeln und gesellschaftliche Teilhabe. Mit anderen Worten: Es liegt in uns und an uns, wie wir unsere Umgebung und Möglichkeiten wahrnehmen, um selber Änderungen anzustoßen.

All das werden wir in diesen Zeiten benötigen. Zunehmend sehen wir, dass der Klimawandel sichtbarer und Nachhaltigkeit notwendig wird. Die Sommer hierzulande werden heißer, die Dürren häufen sich. Empirisch begründete Daten zeigen, dass ein Grad Erderwärmung etwa sieben Prozent mehr Wasser und damit einen Anstieg der Meere sowie mehr und stärkere Unwetter bedeutet. Der Einzelne kann hier Einfluss nehmen und ist als solcher gefragt. Die Selbstliebe kann dabei den Blick auf den eigenen Wohlstand und die erlebte Lebensqualität richten. Die Nächstenliebe hingegen vermag Verständnis zu wecken für andere Positionen, die etwa fordern 80 Prozent der fossilen Öl- und Gasvorräte in der Erde zu lassen, um die Erderwärmung nicht unumkehrbar zu machen. Selbstliebe kann hier die als selbstverständlich empfundene Nutzung vorhandener und verfügbarer Ressourcen und insbesondere, dass der fossile Energieverbrauch seit der Entwicklung der Dampfmaschine wesentlich zur Ernährung und dem Wohlstand einer wachsenden Bevölkerung beigetragen hat, rechtfertigen. Dieser Wohlstand ist nicht selbstver-

ständig, sondern muss auch künftig von Ihnen hart erarbeitet werden. Beispiele für persönliches Engagement gibt es viele: Auto oder öffentliche Verkehrsmittel, Energieeinsparung im Haushalt, CO₂-arme Produkte mit Umweltsiegel statt Einkauf wie gewohnt.



Christoph Wegmann

Schon der Einzelne muss dabei eine Balance zwischen Selbst- und Nächstenliebe finden. Aber auch in der Gesellschaft braucht es gesamtgesellschaftlich getragene Positionen. Da wir auf der gleichen Erde und in der Bundesrepublik im gleichen politischen System leben, wird es darum gehen, sich mit jeweils Andersdenkenden auseinanderzusetzen, mit ihnen zu sprechen, mit ihnen Gemeinsamkeiten und Konsens im gegenseitigen Respekt und im Frieden zu finden - und so den gesellschaftlichen Zusammenhalt herbeizuführen.

Denn ebendieser gesellschaftliche Zusammenhalt ist unsere Stärke in Zeiten der Globalisierung, Digitalisierung, Migration und Corona. Nur zusammen können wir weltweit bestehen und unsere Stimme so erheben, dass wir sowohl als Individuen, als auch als Gesellschaft gehört werden. Nächsten- und Selbstliebe gewinnen so auch gesellschaftlich an Bedeutung.

Konkret können wir einzeln und gesamtgesellschaftlich wirken: Als Einzelne, indem wir beispielsweise unseren eigenen CO₂-Ausstoß möglichst senken oder zusammen darauf hinwirken und unsere Lebensgrundlagen erhalten. Gesamtgesellschaftlich können sogar wir entsprechende Projekte nicht nur in unserem Land anstoßen oder umsetzen. Unser Wohlstand wird im Zuge neuer zu entwickelnder Technologien eher wachsen. Dabei wird es darauf ankommen, jeden Einzelnen von uns für seine Möglichkeiten zu sensibilisieren. Unsere Selbstliebe kann uns dabei den Weg weisen, unsere eigenen Interessen zu wahren. Unsere Nächstenliebe unterstützt den gesellschaftlichen Zusammenhalt - gemeinsam können wir wirken und verändern.

Dazu unter anderem:

Enzyklika Laudato Si von Papst Franziskus über die Sorge für das gemeinsame Haus:

http://www.vatican.va/content/francesco/de/encyclicals/documents/papa-francesco_20150524_encyclica-laudato-si.html

Christoph Wegmann

Gespräch der Evangelischen Arbeitskreise mit Landesbischof Kramer

Am Mittwoch, dem 23. September 2020, hatte Landesbischof Kramer die Landesvorstände der Evangelischen Arbeitskreise (EAK) der CDU aus Sachsen-Anhalt und Thüringen zum Gespräch in den Spiegelsaal in der Hegelstraße 1 nach Magdeburg eingeladen. Es war das erste Gespräch dieser Art nach seiner Amtseinführung.

Schwerpunkte waren Informationen aus der Landeskirche und den Arbeitskreisen, Schlussfolgerungen aus der Corona-Krise für den Verkündigungsdienst, die Kirche als Moderatorin in gesellschaftlichen Debatten und christliche Schulen in freier Trägerschaft.

Landesbischof Kramer berichtete über wichtige Entwicklungen in der Landeskirche: Die Stellenplanung, die Personalentwicklung, die den Bedürfnissen der Gemeinden vor Ort möglichst gut entsprechen muss sowie mögliche strukturelle Veränderungen in der Kirche aufgrund weiter rückläufiger Mitgliederzahlen.

Die Corona-Krise war und ist auch für die Kirche eine große Herausforderung. Es wurde sehr schnell ein Krisenstab gebildet, der die notwendigen Handlungsanleitungen für die EKM und ihre Gliederungen erarbeitete. Die Länder hatten der EKM diesbe-



Personen auf dem Bild v.l.n.r.
 Prof. Dr. Jens Goebel (Vors. Th), Hildigund Neubert (Th), Landesbischof Kramer (EKM),
 Jürgen Scharf (Vors. LSA),

Gespräch der Evangelischen Arbeitskreise mit Landesbischof Kramer

zügig großes Vertrauen entgegengebracht und damit diese auch in die Verantwortung genommen. Kirchliches Leben fand weiterhin statt. Die frohe Botschaft wurde weiterhin verkündet. Die Rechte der Kirchen wurden staatlicherseits nicht eingeschränkt, eingeschränkt wurde das Versammlungsrecht. Freilich hat die Kirche die Sakramentsverwaltung selbst untersagt, denn sie wäre in der Pandemie keine „rechte Verwaltung“ gewesen. Die Kirche hat die Leute nicht „alleine Sterben lassen“. Natürlich hat das Zusammenwirken mit Heimen und anderen Einrichtungen dort am besten funktioniert, wo es schon lange eine gute Zusammenarbeit gab. Die Übertragung von Gottesdiensten in den neuen Medien wie z.B. Youtube war örtlich oft ein „Quotenrenner“, an den angeknüpft werden sollte. Neue Formen der Verkündigung wurden entwickelt.

Freilich hat die Corona-Krise auch wieder gezeigt, dass viele Menschen sich von der kirchlichen Botschaft ansprechen lassen, sie sich aber nicht an die Kirche binden lassen wollen. Die Folge ist ein bedrohlicher Mitgliederschwund. Aus dem EAK wurde darauf hingewiesen, dass die Kirchen vielleicht doch über eine Art „gestufter Mitgliedschaft“ nachdenken sollten, denn das deutsche Kirchenmitgliedschaftsmodell ist weltweit durchaus nicht üblich. Die Kirche will in Erprobungsräumen neue Formen des Engagements erforschen. Bischof Kramer wird einen Schwerpunkt seiner Arbeit auf die Erwachsenentaufe legen. EAK-Mitglieder bekräftigten die Bedeutung der Arbeit der einzelnen Kirchenmitglieder vor Ort. Hier wird Graswurzelarbeit geleistet, die das Hauptamt nicht leisten kann. Die kirchlichen Strukturen müssen weiter so umgebaut werden, dass die Seelsorger genügend Zeit für die Seelsorge haben, und die notwendige Verwaltungsarbeit möglichst übergemeindlich, z.B. in den kirchlichen Verwaltungsämtern, professionell konzentriert wird. Bischof Kramer sagte, dass die EKM diesen Weg weiter konsequent gehen wird.

Die Schulen in freier Trägerschaft sind ein wichtiger Bestandteil des Schulwesens. Christlichen Trägern ist es in ausgezeichneter Weise möglich, Verantwortung für die Bildung und Erziehung von Kindern zu übernehmen. Diese Schulen werden in der Regel gut angenommen. Sie sind vielerorts eine hervorragende Möglichkeit zu zeigen, welche praktische Wirkungen ein Engagement aus christlichem Glauben heraus haben kann. Viele Kinder und Jugendliche werden über diese Arbeit überhaupt erst über den christlichen Glauben informiert. Die Arbeit dieser Schulen und die Arbeit engagierter Kirchengemeinden strahlen weit in die Gesellschaft hinein. So werden z.B. Kinderkathedraltage sehr gut angenommen. Vertreter der EKM baten den EAK sich weiterhin für eine sichere Finanzierung der freien Schulen einzusetzen. Zwar sichern die Rechtsnormen der Länder den Schulträgern grundsätzlich einen Ausgleich der Aufwendungen zu.

Die gegenwärtigen Schulgesetze entsprechen bzgl. der Finanzhilfe an diese Schulen jedoch nicht immer den Notwendigkeiten.

Bischof Kramer und die Vorstände der EAK vereinbarten, künftig jährlich zu einem solchen Gedankenaustausch zusammenzukommen. Das nächste Treffen wird in Thüringen stattfinden.

Jürgen Scharf

Teilnehmer am Gespräch:

EKM: Landesbischof Kramer, OKR Christhard Wagner, OKR Albrecht Steinhäuser

EAK Thüringen: Dr. Detlef Baer, Dr. Ulrich Born, Prof. Dr. Jens Goebel (Vors.), Dr. Karl-Eckhard Hahn, KR Christian Klein, Dr. Thomas Knoll, Hildigund Neubert,

EAK Sachsen-Anhalt: Dr. med. Wolf-Rainer Krause, Karl-Martin Kuntze, Prof. Wolfgang Merbach, Pfarrer i.R. Bernhard Ritter, Christina Schneppe, Jürgen Scharf (Vors.), Stephen Gerhard Stehli, Klaus-Dieter Theise

Landessynode digital

Vom 19. bis 20. November 2020 fand die 11. Tagung der II. Landessynode der EKM als digitale Tagung statt. Es war die letzte dieser Wahlperiode. Nach den Neuwahlen der Gemeindekirchenräte 2019 und der Konstituierung der Kreissynoden 2020, finden die Gremienwahlen ihren Abschluss in der Konstituierung der III. Landessynode, wohl vom 18. bis 20. Februar 2021 in Erfurt.

Aber auch die diesjährige Synode hatte noch wichtige Angelegenheiten zu erledigen: Sie beschloss einen Nachtragshaushalt, ein neues Friedhofsgesetz und beschäftigte sich mit Fragen der Seelsorge, Strukturveränderungen und dem Klimawandel.

Das Kirchenparlament hat den Nachtrag für den Doppelhaushalt 2020/21 in Höhe von bis zu 14,85 Millionen Euro bestätigt. Die Summe wird aus der für Krisensituationen gebildeten Ausgleichsrücklage entnommen. Notwendig ist der Nachtragshaushalt unter anderem wegen der zurückgehenden Kirchensteuereinnahmen in der Coronakrise.

Ab 1.1.2021 soll für alle evangelischen Friedhöfe ein neues Friedhofsgesetz in Kraft treten. Bisherige Regelungen können noch in einer Übergangszeit bis zum 31.12.2023 in Kraft bleiben.

Die Leitungsebene der EKM soll neu strukturiert werden. Zustimmung fand der Vorschlag, die Zahl der Regionalbischöfe in den kommenden Jahren zu reduzieren.

Aus: PM 100 vom 21.11.2020

Digitale Landessynode der EKM beendet

Ökumene in Sachsen-Anhalt



Auf dem Weg zum Reformationsjubiläum pilgern Bischöfe und leitende Geistliche zahlreicher Kirchen der ACK in Lutherstadt Wittenberg am 16. August 2013 unter dem Motto „Den Schatz der Bibel teilen“, um das Gemeinsame der christlichen Kirchen zu betonen.

(7. v. l. Ministerpräsident a. D. Günther Beckstein, Schirmherr des bayerischen Lutherweges)

Grundsätze der ökumenischen Zusammenarbeit

Nach dem Zweiten Weltkrieg waren die Kirchen weltweit durch die Erfahrung erschüttert, das sie nicht zu einem gemeinsamem christlichen Zeugnis und Handeln gefunden hatten. Aus diesem Grund wurde das Nachdenken darüber verstärkt, wie die christlichen Kirchen stärker zusammenwachsen und gemeinsam reden und handeln können. Neben dem weltweiten Ökumenischen Rat der Kirchen (ÖRK) bildeten sich in vielen Ländern Nationale Kirchen- und Christenräte.

Der Zusammenschluss in der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen (ACK) in Deutschland am 10. März 1948, wenige Monate vor der Gründung des ÖRK, sollte die äußeren Voraussetzungen dafür schaffen. Bedingt durch die politische Teilung Deutschlands konnten die ACK-Delegierten aus den Kirchen auf dem Gebiet der damaligen DDR ab 1963 nicht mehr an den gemeinsamen Sitzungen teilnehmen. 1970 wurde deshalb die "Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen in der DDR" (AGCK) gegründet.

Heute ist in Deutschland die ACK in Landesverbänden organisiert, deren Gebiet in der Regel mit den Grenzen der Bundesländer deckungsgleich ist. In der ACK Sachsen-Anhalt haben sich 19 Kirchen und Gemeindeverbände zusammengeschlossen, unter denen sich 16 Vollmitglieder und 3 Gastmitglieder (1) befinden. Durch ihre Mitgliedschaft bekunden sie „die Notwendigkeit gegenseitiger Bereicherung und sehen in der ACK ein unverzichtbares Instrument der multilateralen ökumenischen Zusammenarbeit auf dem Weg zu immer deutlicheren und verbindlicheren Formen der Gemeinschaft“ (2). Obwohl diese multilaterale Sicht vielfach betont wird und unter anderem in der von fast allen Kirchen in Deutschland im Jahr 2003 unterzeichneten Charta Oecumenica dokumentiert ist, lässt sich eine Tendenz beobachten, die auch sonst im gesellschaftlichen Kontext festzustellen ist. Häufig treffen die beiden zahlenmäßig größten Kirchen bilaterale Absprachen in praktischen Fragen, zu denen die anderen Kirchen in Planung und Ausführung höchstens rudimentär einbezogen werden. Sowohl die ACK in Deutschland als auch die ACK in den regionalen Landesverbänden

Ökumene in Sachsen-Anhalt

den versuchen beharrlich auf die Vorteile einer multilateralen Sicht des Glaubens und Handelns hinzuweisen.

Erfahrungen in der aktuellen Pandemie

Nachdem im März und April durch staatliche Eindämmungsverordnungen Gottesdienste weitgehend untersagt worden waren, ließen sich in den Bundesländern unterschiedliche Vorgehensweisen bezüglich des Gesprächs mit den Kirchen beobachten. In Baden-Württemberg wurde die dortige ACK von Ministerpräsident Kretschmann ausdrücklich aufgefordert, sich zur Situation zu äußern, während die zahlenmäßig großen Kirchen vergessen zu haben schienen, dass die ACK auch die zahlenmäßig kleineren Kirchen vertritt. Eine ähnliche Einladung an die ACK zur Beratung sprachen auch andere Bundesländer wie Rheinland-Pfalz, das Saarland oder Niedersachsen aus. Eine entsprechende Sensibilität hinsichtlich der Bedeutung der ACK muss dagegen in anderen Bundesländern noch stärker entwickelt werden.

Laufende Arbeit

Neben der Vertretung der in der ACK zusammen geschlossenen Kirchen und Gemeindebünde gegenüber der Öffentlichkeit nimmt die Ökumene in Sachsen-Anhalt zahlreiche praktische Aufgaben wahr. Die Satzung aus dem Jahr 2015 sieht eine wesentliche Aufgabe der Mitgliedskirchen darin, "füreinander und für die christliche Einheit zu beten". Daneben spielt der Informationsaustausch, das Gespräch über theologische Fragen und der Erfahrungsaustausch zwischen ökumenischen Gruppen und lokalen Arbeitsgemeinschaften Christlicher Kirchen eine Rolle. Die Förderung ökumenischer Initiativen und Aktionen im Land soll ebenso wie die Förderung ökumenischer Arbeit in den Kirchengemeinden das Verständnis der christlichen Einheit vertiefen und gegenseitige Achtsamkeit fördern.

Mit der Neuapostolischen Kirche (NAK), die bis zum Jahr 2010 ein exklusives Verständnis ihres Glaubens vertrat und jegliche Zusammenarbeit mit anderen Kirchen ablehnte, ist ein beachtlicher Prozess ökumenischer Öffnung gelungen, der als einmalig in der Kirchengeschichte bezeichnet werden kann. Von einer sektenhaften Struktur, die sich völlig aus Staat und Gesellschaft zurückzog, hat die Neuapostolische Kirche eine Wendung um 180 Grad vollzogen und ist heute ein verlässlicher Partner der Ökumene. In den Jahren 2017 – 2018 fanden intensive theologische Gespräche unter Federführung der ACK Sachsen-Anhalt statt, die im März 2018 unter Einschluss kontroverser Themen zu einer Erklärung über das gemeinsame Verständnis des Evangeliums führte. Parallel dazu nimmt die NAK ihre Verantwortung im gesellschaftlichen Bereich in einer angemessenen und engagierten Weise wahr.

Erwähnt seien die zwei Partnerschaften der ACK

Sachsen-Anhalt mit der ACK Niedersachsen und der ACK Sachsen, die jeweils im Dreijahresrhythmus zu gemeinsamen Konferenzen führen und insbesondere bei den niedersächsischen Kirchenvertretern zu einem vertieften Verständnis des Landes Sachsen-Anhalt und der Mentalität seiner Menschen mit ihrer unterschiedlichen Sozialisationsgeschichte führen.

Ökumene bleibt hinter ihren Möglichkeiten zurück

Mit Blick auf weltkirchliche Zusammenhänge und insbesondere gewisser Rückschritte im römisch-katholischen Bereich, die aus dem Vatikan zu beklagen sind, entsteht in der Öffentlichkeit bisweilen der Eindruck, die Ökumene befinde sich in einer Phase der Stagnation. Das mag daran liegen, dass die Aufmerksamkeit zu wenig auf die eigene Region gerichtet ist und dagegen zu sehr die bilaterale katholisch-evangelische Partnerschaft betrachtet. Tatsächlich bietet die Ökumene nach Lehre und Verständnis der Mitgliedskirchen zahlreiche Möglichkeiten, die oft nicht voll ausgeschöpft werden. Der Ökumeneknigge (3), der Themen des Glaubens und der christlichen Praxis behandelt, bietet in einem Kapitel eine Auflistung von Möglichkeiten ökumenischer Praxis, die ihrer Umsetzung harren. Neben regelmäßigem Gebet für die anderen Kirchen im Gottesdienst, gemeinsamen Bußgängen am Buß- und Betttag unter Einbeziehung aller am jeweiligen Ort vertretenen Kirchen, der Betreuung von Asylbewerbern und Flüchtlingen bis zu gemeinsamem Religionsunterricht in kommunalen Schulen sind rund 30 Möglichkeiten multilateraler Ökumene benannt.

Wenn Ökumene mit der Erneuerung der Herzen beginnt, dann stellt sich die Frage, inwieweit sich der Einzelne und jede Kirche oder Gemeindebund öffnet und von den Traditionen und der Praxis anderer Gemeinschaften Bereichern lässt.

Jürgen Dittrich

Landesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen (ACK) in Sachsen-Anhalt

(1) Die einzelnen Mitglieder sind auf der Homepage der ACK Sachsen-Anhalt (www.ack-sachsenanhalt.de) mit einer kurzen Darstellung ihrer Kirche zu finden.

(2) Leitlinien für die ökumenische Zusammenarbeit in den Arbeitsgemeinschaften Christlicher Kirchen auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene. Hrsg.: ACK in Deutschland. 2013.

(3) Ökumeneknigge. Über den Umgang mit Christen. Im Auftrag der ökumenischen Kommission für pastorale Fragen in Zusammenarbeit mit der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen (ACK) Sachsen-Anhalt hrsg. von Jürgen Dittrich, Dorothea Laser-Merker, Brigitte Schmeja. 2. Aufl. Halle 2020.

Kulturland Sachsen-Anhalt, nachhaltig und zukunftsfähig - trotz Corona

Die Kultur genießt im Land Sachsen-Anhalt einen herausragenden Stellenwert. Diese Erkenntnis ist nicht neu aber es war wichtig, dieses eindeutige Bekenntnis auch einmal auszudrücken. Auch dazu diente meine Regierungserklärung im Landtag von Sachsen-Anhalt am 19. November 2020 - ganz bewusst mitten im zweiten Lockdown während der Corona-Pandemie.

In der aktuellen Pandemie und auf Grund der besonderen Betroffenheit sollten die Kulturschaffenden im Land – besonders diejenigen, die außerhalb der öffentlichen Institutionen von Kulturarbeit leben und sich schon seit dem Frühjahr in einer existenziellen Krise befinden – eine ganz besondere Würdigung erfahren.

Weder geht es bei den aktuellen Kontaktreduzierungen um wichtig oder weniger wichtig noch um gute oder weniger gute Hygienekonzepte. Wer jetzt nicht für das Publikum öffnen darf, genießt keine geringere Wertschätzung. Es geht ausschließlich darum, vermeidbare Außenkontakte zu minimieren, Ausgehanlässe zu reduzieren, also die Vermehrung des Virus zu bremsen.

Ausdrücklich soll dabei auch gar nicht zwischen Bereichen differenziert werden, die ihr Publikum mit Abstrichen noch erreichen, wie Literatur oder Malerei, und solchen die vor allem in Musik, Tanz und freien Theatern essentiell auf offene Bühnen angewiesen sind. Die Lage ist insgesamt dramatisch und rund 1,5 Millionen Menschen, gute Steuerzahler, sind direkt oder indirekt betroffen. Die jährliche Besucherzahl ist in der Kultur höher als im Sport, die Entbehrungen sind entsprechend gravierend.

Die Landesregierung hat sich daher konsequent und von Anfang an dafür eingesetzt, dass praktikable Fördermaßnahmen zur Unterstützung der Kulturschaffenden bereitgestellt werden. Mit der spontanen Soforthilfe für Mitglieder der Künstlersozialkasse hat man als erstes Land gehandelt. Und mit den Arbeitsstipendien aus 'Kultur ans Netz' wurde für alle ein weiteres Hilfsprogramm über je 3.000 € aufgelegt. Der Kultur soll auch weiter dabei geholfen werden, aus dieser Krise heraus zu kommen – stets im Dialog mit allen Akteuren.

Wichtig war es auch, in der Öffentlichkeit ein Bewusstsein dafür zu schaffen, wie vielfältig Kultur in Sachsen-Anhalt ist, wie viele Menschen sich beruflich und ehrenamtlich dafür engagieren und jetzt natürlich

von der traurigen Entwicklung besonders betroffen sind. Zugleich bot sich die Gelegenheit, gegen Ende dieser Legislaturperiode vor dem Landtag über einige Aspekte der Kulturpolitik Rechenschaft zu legen.

Mit der Übernahme der Verantwortung für den Kulturbereich habe ich mich zusammen mit Kulturstatssekretär Dr. Schellenberger und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der personell verstärkten Kulturabteilung aufgemacht, Kultur auch im ländlichen Raum zu stärken, denn Kultur geht alle an. Außerdem sollte eine Reihe von Konfliktfeldern konsolidiert und natürlich die Koalitionsvereinbarung umgesetzt werden.

Ich denke, dass uns dies ganz ordentlich gelungen ist. Jedenfalls ist der Kulturretat kontinuierlich gesteigert worden. Aktuell umfasst er für die Kernaufgaben rd. 107,2 Mio. Euro in 2020 und 116,5 Mio. Euro in 2021. Jubiläen und Investitionen wurden gesondert finanziert. Das gesetzte Ziel ist damit erreicht worden. Ausdrücklicher Dank gilt auch den Abgeordneten des Landtages, vor allem der Koalitionsfraktionen, für die Unterstützung und das Bekenntnis zum Kulturland Sachsen-Anhalt.

Zum Abschluss muss ganz deutlich gemacht werden, dass es jetzt entscheidend auf den Erfolg der aktuellen Maßnahmen gegen die Ausbreitung des Infektionsgeschehens ankommt. Davon wird auch abhängen, wann wieder für Publikum

geöffnet werden kann und welche weiteren Förderprogramme notwendig werden. Bund und Länder wollen die Kultur am Netz halten, sie ist das Brot des Lebens und überlebensnotwendig. Der Hunger nach Kultur ist unermesslich und alle merken, wie sehr die Menschen danach dürsten - wo es in den letzten Monaten Angebote gab, waren sie ausverkauft.

Ich bin all denjenigen dankbar, die sich Gedanken gemacht haben, was verantwortbar war, oder die digitale Angebote realisiert haben.

Oberstes Ziel bleibt aber: Wir wollen zurück zu einem lebendigen Kulturleben – dass dies gelingt, dafür sollten sich alle gemeinsam einsetzen.



Rainer Robra,

© Staatskanzlei und Ministerium für Kultur des Landes Sachsen-Anhalt / Foto: Andreas Landers

Rainer Robra
Staats- und Kulturminister
des Landes Sachsen-Anhalt

Veranstaltungen der Konrad-Adenauer-Stiftung

Aus der Veranstaltungsliste des Politischen Bildungsforums Sachsen-Anhalt der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Sie können sich zu sämtlichen Veranstaltungen unter den nachfolgenden Kontaktdaten anmelden:

Alexandra Mehnert
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Leiterin des Politischen Bildungsforums Sachsen-Anhalt
Franckestr. 1, 39104 Magdeburg
Tel.: 0391-520887101
Fax: 0391-520887121
E-Mail: alexandra.mehnert@kas.de
kas-sachsen-anhalt@kas.de
<http://www.kas.de/sachsen-anhalt/>
www.facebook.com/kas.sachsenanhalt



Unser Leitmotiv: wir diskutieren über die Gestaltung unserer Zukunft
www.kas.de/dasnaechstekapitel

Veranstaltungen der Konrad-Adenauer-Stiftung

Thema: Europa am Scheideweg? Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft und ihre aktuellen Herausforderungen

mit Sven Schulze MdEP
Datum: 27. November 2020, 19.00 Uhr - Ort: Instagram Live

Thema: Rhetorik-Impuls: Wie trete ich erfolgreich auf? – Präsentationstechniken für das Engagement im Ehrenamt

mit Manuela Lott
Datum: 03. Dezember 2020, 18.00 Uhr - Ort: Adobe Connect

Thema: Online unterwegs – Gelungene Online-Formate im politischen und ehrenamtlichen Engagement

mit Friederike Galland
Datum: 07. Dezember 2020, 18.00 Uhr - Ort: Zoom

Thema: „WIRKshop“: Impuls: Social Media im Ehrenamt - Erfolgreiche Präsenz im Internet

Online-Veranstaltung für Frauen im Rahmen des Frauenkollegs

mit Manuela Lott
Datum: 10. Dezember 2020, 18.00 Uhr - Ort: Adobe Connect

Thema: „Das Glashaas“ - Carl Lutz und die Rettung ungarischer Juden vor dem Holocaust

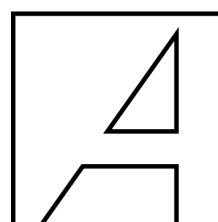
mit Prof. Dr. Erika Rosenberg
Datum: 11. Dezember 2020, 17.00 Uhr - Ort: Zoom

Thema: Die Volksrepublik China als Wirtschaftsmacht – Partner oder Rivale?

mit Michael Winzer
Datum: 14. Dezember 2020, 17.00 Uhr - Ort: Zoom

Thema: Welche Methoden und Wege nutzt die rechtsextreme Jugendkultur, um junge Menschen zu beeinflussen?

mit Maximilian Kreter
Datum: 16. Dezember 2020, 18.00 Uhr - Ort: Zoom



**Konrad
Adenauer
Stiftung**

Kinderliteraturtip



Julia Dürr
 Wo kommt unser Essen her?
 Weinheim und Basel: Beltz & Gelberg, 2020
 ISBN: 978-3-407-75816-3
 Preis: 14,95 €, 40 Seiten

Altersempfehlung: ab 6 Jahre

In den letzten Jahren ist das Bewusstsein für Nachhaltigkeit und gesunde Ernährung stark gestiegen. Die Herkunft unserer Nahrungsmittel ist für uns von Bedeutung, weil das viel mit dem Nährwert des Essens zu tun hat. Aber auch Fragen artgerechter Haltung und die Beachtung des Tierwohls sind vielen Menschen zunehmend wichtig. Gleichzeitig braucht eine stetig wachsende Weltbevölkerung viel Nahrung und traditionelle Formen von Landwirtschaft können diese Bedarfe nur noch zum Teil decken. In dieses Spannungsverhältnis führt Julia Dürr anfangs ein. Dann stellt sie Formen der Herstellung von Milch, Brot, Fisch, Fleisch, Äpfeln, Eiern und Tomaten vor.

Das geschieht immer nach dem gleichen Muster. Auf zwei großformatigen Doppelseiten werden je ein kleinerer und ein größerer Betrieb vorgestellt. Auf der ersten Doppelseite sind zum Beispiel eine Übersichtsdarstellung von einem milchproduzierenden Bauernhof und ein Milchbetrieb zu sehen. Detailliert sind die verschiedenen Gebäude und Orte der Milchgewinnung skizziert und beschriftet. Auf der Folgeseite werden die Betriebe in kleinen Bildvignetten und kurzen Erläuterungen erklärt. Durch die Gegenüberstellung auf je einer Doppelseite können nicht nur der Ablauf gut verstanden, sondern auch die beiden Formen der Essensgewinnung verglichen werden.

Die Darstellungen sind anschaulich, aber skizzenhaft vereinfacht, so dass sie auch gut verständlich sind. Besonders bemerkenswert ist, dass die Gegenüberstellung keine Wertung enthält. Kleinere Betriebe werden nicht pauschal positiv dargestellt, große Betriebe nicht pauschal kritisiert. Die Darstellungen erfolgen wertfrei und sachlich.

Am Ende wird auf einer Doppelseite erläutert, wie die Darstellung der Produktverpackungen zu lesen ist, dass die genutzten Bildmotive eher irreführend sind, dass die Beschriftungen aber viele spannende Kodierungen enthalten, die viel über die Herkunft verraten.

Julia Dürr legt ein herausragendes Sachbilderbuch im großen Format vor. Das informiert und klärt auf, ohne zu manipulieren. Es ist in einer aufgeheizten Diskussion ein ausgezeichnete Beweis, dass Nachhaltigkeitsbildung auch sachlich geschehen kann. Mit Nachdruck zu empfehlen!

Prof. Dr. Michael Ritter

Impressum

Herausgeber: Evangelischer Arbeitskreis der CDU Sachsen-Anhalt

Verantwortlicher Redakteur: Jürgen Scharf

Texte: Pfarrer i.R. Jürgen Dittrich, Prof. Dr. Michael Ritter, Min. Rainer Robra, Jürgen Scharf, Min. Holger Stahlknecht, OKR Albrecht Steinhäuser, Christoph Wegmann

Bilder: Gemeinfrei bzw. Genehmigungen liegen vor

Stand: Dezember 2020

Diese Publikation wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Evangelischen Arbeitskreises der CDU Sachsen-Anhalt herausgegeben. Der Herausgeber verfolgt keine kommerziellen Interessen